

Wir müssen den Schulterchluss hinkriegen



Interview mit *Brian Campfield*, dem Generalsekretär der Gewerkschaft *NIPSA* (*Northern Ireland Public Service Alliance*), der größten Gewerkschaft im Norden Irlands

☛ In der Schwestergewerkschaft von Ver.di sind Beschäftigte der öffentlichen Dienste, sowie aus dem Gesundheitswesen organisiert. Exklusiv für den Schrittmacher gab er in Belfast das folgende Interview.

In der größten Gewerkschaft Nordirlands sind viele Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen organisiert. Wie würdest Du ihre Situation beschreiben?

Brian: Vom einst guten staatlichen Gesundheitswesen hier ist viel durch Privatisierung, das sogenannte „out-sourcing“ und durch die Kürzungen

öffentlicher Gelder zerstört worden. Die Folgen für die arbeitenden Menschen sind genauso schlimm, wie für die Patienten: Arbeitsplatzabbau, Mehrarbeit für die verbliebenen Beschäftigten, eine „Lohnspirale nach unten“, die durch das out-sourcing von Jobs an schlecht zahlende private Agenturen noch forciert wird. Ich denke, die Probleme sind ähnlich, wie bei euch in Deutschland.

Eine positive Entwicklung, die ich erwähnen möchte, ist die steigende Mitgliederzahl in meiner Gewerkschaft – seit 1979 haben wir Jahr für Jahr Mitgliederzuwachs.

➔ Fortsetzung auf Seite 2

Heraus zum 1. Mai!

Heraus zum internationalen Kampftag der Arbeiterbewegung!

„Gegen Unternehmerallmacht, Arbeiterinteressen durchsetzen!“ – unter diesem Slogan stand der 1. Mai des DGB vor vierzig Jahren. Arbeiterinteressen, das sind deutliche Positionen gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in der Welt, das sind Positionen gegen Sozialabbau und es bedeutet, die Armut in diesem Land zu bekämpfen, in dem z.B. gegen Immobilienspekulation vorgegangen wird und bezahlbare Mieten durchgesetzt werden. Dies sind die notwendigen Forderungen. Hierfür muss es heißen: Heraus zum 1. Mai!

DGB-Demonstration

Ort: Hackescher Markt / Spandauer Straße

Beginn: 09.00 Uhr

Revolutionäre 1. Mai-Demo

Infos: erstermai.nostate.net

Blockade NPD-Aufmarsch

Infos: 1mai-nazifrei.tk

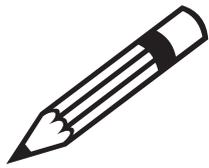
1. Mai-Feier der DKP

Datum: Sa, 27. April 2013

Ort: ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, Friedrichshain

Beginn: 15.00 Uhr

Infos: dkp-berlin.info



Rotstift diktiert Personaleinsatz

Personalausstattung an deutschen Krankenhäusern ist dramatisch schlecht

Nach Erhebungen der Gewerkschaft ver.di fehlen in deutschen Krankenhäusern bundesweit insgesamt 162.000 Vollzeitstellen, um eine gute Versorgung der Patienten und gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sicherzustellen. Das hat die Hochrechnung einer Stichprobe unter insgesamt bundesweit 200 Krankenhäusern ergeben, die ver.di 2013 erhoben hat. Berechnet auf alle Krankenhäuser in Deutschland bedeutet das einen Bedarf von 162.000 zusätzlichen Stellen – davon rund 70.000 in der Pflege. So hoch bezifferten die Beschäftigten in Krankenhäusern den zusätzlichen Bedarf, um Patientinnen und Patienten gut und nach den fachlichen Standards der Berufsgruppen im Krankenhaus entsprechend versorgen zu können und dabei auch eine gute Ausbildung zu leisten. Deutlich wurde damit, dass Bund und Länder den Personaleinsatz allein durch den Rotstift diktieren lassen. In den vergangenen 15 Jahren sei das Krankenhauspersonal um 7 % verringert worden, während die Zahl der Patienten um 15 % gestiegen sei. Um die Personallücken zu schließen fordert ver.di eine gesetzliche Personalbemessung und eine stabile Krankenhausfinanzierung – also mehr Geld. Die Gesundheitsversorgung dürfe nicht mehr nach marktwirtschaftlichen Kriterien betrachtet werden.

➔ *Fortsetzung von Seite 1*

Wir werden oft gefragt, wie wir das schaffen; ich denke, es wird mehr Leuten klar, dass sie in der Krise den Kopf nicht in den Sand stecken dürfen.

Tun die Gewerkschaften genug, um die teilweise grenzübergreifenden, weil von der EU gemachten Probleme, auch grenzübergreifend zu bekämpfen?

Brian: Was meine Gewerkschaft angeht, so versuchen wir es. Wir hatten im vergangenen Jahr Delegationen von ver.di aus Deutschland und von PAME aus Griechenland, um nur zwei zu nennen, hier in Belfast. Da haben wir natürlich über gemeinsame Aktionen und Strategien diskutiert. Aber wir müssen mehr

und effizienter zusammenarbeiten. Der Angriff auf den Lebensstandard der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten der EU-Staaten, kann nur abgewehrt werden, wenn die Lohnabhängigen in allen Staaten dagegenhalten und gleichzeitig über die Grenzen hinweg den Schulterschluss gegen die Arbeitsplatzvernichter und die Austeritäts-Barone hinkriegen.

Es gab hier Meldungen, dass die Regionalregierung im vergangenen Dezember Politiker nach Kuba schickte, die herausfinden sollten, warum die Menschen im „armen“ Kuba älter werden als im „reichen“ Irland. Weißt Du, was sie herausgefunden haben? Was denkst Du

über das kubanische Gesundheitswesen?

Brian: Ja, vier Parlamentsabgeordnete sind zu einer Gesundheits-Konferenz nach Havanna gereist. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Kubaner liegt 5 Jahre über der in Irland. Soweit mir bekannt ist, ist sie auch schon höher, als die in Deutschland. Das Problem ist, dass die Medien nicht über die Erkenntnisse der Herren berichten, sie selbst schweigen sich auch aus.



„Der Angriff auf den Lebensstandard der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten der EU-Staaten kann nur abgewehrt werden, wenn die Lohnabhängigen in allen Staaten dagegenhalten und gleichzeitig über die Grenzen hinweg den Schulterschluss gegen die Arbeitsplatzvernichter und die Austeritäts-Barone hinkriegen.“

Kuba hat ein voll staatliches Gesundheitswesen, d. h. keine Leistungen werden zum Zweck des Profits erbracht. Sie lassen sich die Gesundheit ihrer Bürger sehr viel kosten, die Ergebnisse sprechen für sich, sind weltweit anerkannt. Es ist schwer für westeuropäische Politiker, solche simplen Fakten zu begreifen. Das macht sie aber nicht weniger wahr.



Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Interview mit Maik Sosnowsky, Mitglied der
ver.di-Betriebsgruppe und CFM-Betriebsrat

➤ **Zunächst herzlichen Glückwunsch zu eurem Erfolg vor dem Berliner Arbeitsgericht. Was kannst Du zu dem Hintergrund sagen?**

Maik: Im Streik 2011 wollte die CFM-Geschäftsführung die Belegschaft spalten. Sie bot den Beschäftigten der Bereiche Sicherheit und Empfang sofortige Arbeitsverträge mit einer Lohnerhöhung auf 7,50 € unter Kürzung und Wegfall von Zuschlägen an. Darauf ließen sich einige ein. Letztlich wurde eine Lohnerhöhung auf 8,50 € ohne Verrechnung der Zuschläge erstreikt. Die Geschäftsführung glaubte aber, entscheiden zu können, denjenigen, die seinerzeit der ver.di-Empfehlung folgten und nicht unterschrieben haben, die Zuschläge zu kürzen bzw. zu streichen. Dagegen haben Kolleginnen und Kollegen mit ver.di geklagt. Und so hat das Berliner Arbeitsgericht entschieden:

- Alle Zuschläge müssen zukünftig ohne Kürzungen gezahlt werden!
- Alle Kürzungen müssen nachgezahlt werden!
- Auf alle vorenthaltenen Zuschläge muss der Arbeitgeber 5% Zinsen zahlen!
- Der Arbeitgeber zahlt die Prozesskosten! Das Urteil ist sofort rechtskräftig.

Wie ist die Reaktion im Betrieb auf dieses Urteil?

Maik: Diejenigen, die geklagt haben, freuen sich natürlich über den Erfolg.

Er macht deutlich: Es lohnt sich zu wehren.

Bedeutet das, alle Kolleginnen und Kollegen profitieren nun automatisch von dem Urteil?

Maik: Nein. Dies ist ein individueller Rechtsanspruch. Jede/r muss also individuell klagen. Es gibt auch bereits weitere Kolleginnen und Kollegen, die dies ebenfalls wollen. ver.di-Mitglieder erhalten hierbei selbstverständlich Rechtsschutz. Selbstverständlich können auch diejenigen, die seinerzeit den Arbeitsvertrag der Geschäftsführung unterzeichnet haben, sich bei der ver.di-Rechtsabteilung beraten lassen.

Hat die gesamte Entwicklung seit dem Streik 2011 Auswirkungen auf eure Betriebsratstätigkeit?

Maik: Wir erleben, dass die CFM-Geschäftsführung alles tut, die aktiven Betriebsräte in ihrer Arbeit zu behindern, z.B. indem sie Betriebsratsmitgliedern den Lohn kürzt mit dem Argument, der Umfang der Betriebsratstätigkeit sei nicht gerechtfertigt – eine unsinnige Behauptung. In der Tat hat sich das Arbeitspensum für die aktiven Betriebsräte durch die zugespitzte Arbeitssituation bei der CFM erheblich erhöht. Außerdem verstößt ein solches Vorgehen gegen das Betriebsverfassungsgesetz. Auch dagegen werden wir uns wehren.

Herzlichen Dank für das Interview und viel Erfolg bei Eurer Arbeit.



No pasaran!

Sie werden damit nicht durchkommen!

Fast schon routinemäßig trafen sich am 19.02.2013 vor dem Berliner Arbeitsgericht Betriebsratsmitglieder und die CFM-Geschäftsführung. Der Gegenstand der Verhandlung war nicht neu: In bekannter Manier hatte die CFM zwei klagenden Betriebsräten für ihre aktive Interessensvertretung den Lohn gekürzt. Beide hatten im November über die offizielle Freistellung hinaus mehr Arbeitsstunden für Betriebsratsarbeit in Anspruch nehmen müssen. Die Geschäftsleitung maß sich an, zu beurteilen, dass hierfür kein Bedarf bestanden hätte. Zunächst versuchte die Anwältin der CFM-Geschäftsführung die Kläger mit Unterstellungen in die Defensive zu bringen wie z.B.: Es wäre sich nicht ordnungsgemäß abgemeldet worden, so dass das Delikt eines „Arbeitszeitbetrugs“ vorläge. Sie musste mehrmals zugeben, nicht richtig informiert zu sein bzw. sich erst noch sachkundig machen zu müssen. Dies blieb der Richterin nicht verborgen. Bedenkt man, um welch geringe Beträge es für die CFM geht, aber umgekehrt für die klagenden Betriebsräte um existentielle Lohneinbußen, so zeigt dies die nackte Arroganz gegenüber Beschäftigten und ihrer Interessensvertretung. Sie werden damit nicht durchkommen. Aber sie behindern mit dieser Taktik die aktive Arbeit des Betriebsrates. Dagegen müssen sich die Beschäftigten zur Wehr setzen, sonst wird der Betriebsrat zahlos.



Internationaler Frauentag

Der unkaputtbare Tag

„Seit mehr als 100 Jahren wird der 8. März gefeiert, verunglimpft, verschwiegen – und doch ist er noch immer auf der ganzen Welt Symbol für den Kampf der Frauen um ihre Rechte“. Treffender, als Ingeborg Lohse-Geserick von der DKP Berlin auf der Frauentagsveranstaltung am 8. März kann ist der Internationale Frauentag nicht zu beschreiben. Weltweit gingen auch dieses Jahre Frauen für ihre Rechte auf die Straße und feierten ihre Errungenschaften. In Berlin begann der Tag für DKP-Mitglieder kurz nach 5 Uhr morgens. Mehrere hundert rote Nelken wurden mit dem Schrittmacher Extrablatt an die Frau gebracht. Abends war der Saal bis zum letzten Platz gefüllt. Rednerinnen von DKP, SDAJ, der Berliner Friedenskoordination sowie unsere Gäste aus Irland und Griechenland begeisterten die Besucher nicht nur – sie machten deutlich, wozu Frauen fähig sind, wenn sie den Kopf nicht in den Sand stecken, sondern für ihre Rechte kämpfen.



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dcp-berlin.info

Web: www.dcp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



„Unser Grundsatz ist: Alles für die Kinder!“*

Trotz US-Wirtschaftsblockade braucht Kuba den Vergleich mit Industrieländern nicht zu scheuen.

✦ Das kubanische Gesundheitswesen wird seit der Revolution ständig flächendeckend ausgebaut und qualitativ verbessert. Die Nutzung ist für die Bürger kostenlos und bietet damit einen barrierefreien Zugang unabhängig von der sozialen, finanziellen, wirtschaftlichen oder familiären Situation.

Zudem ist es ein wichtiges Gestaltungsprinzip der Daseinsvorsorge, die Betroffenen soweit wie möglich einzubeziehen, auf individuelle Bedarfslagen einzugehen und wohnortnahe Angebote zu unterbreiten.

Die kubanische Verfassung schreibt das Recht auf gesundheitliche Betreuung und gesundheitlichen Schutz für alle fest: „Der Staat garantiert dieses Recht auf kostenlose medizinische ambulante und stationäre Betreuung durch ein Netz von Einrichtungen der medizinischen Dienste auf dem Lande, die Polikliniken, Krankenhäuser, prophylaktischen Zentren und Facharztzentren, mit der zahnärztlichen Betreuung, mit der Entwicklung von Programmen zur Aufklärung in Hygiene und Gesundheitserziehung, mit regelmäßigen medizinischen Untersuchungen, allgemeinen Impfprogrammen und anderen vorbeugenden Maßnahmen. An diesen Programmen und Aktivitäten beteiligt sich die ganze Bevölkerung über ihre gesellschaftlichen Organisationen.“

Eine besondere Bedeutung bei der Gesundheitsversorgung kommt dem 1984 errichteten Familienarztsystem zu. In jedem „barrio“ (Wohnviertel), jedem Betrieb, jeder Schule und in jeder Siedlung auf dem Lande betreut der Familienarzt mit einer Krankenschwester in einer Arztpraxis insgesamt 99,1 % aller Kubaner. Seine Hauptaufgabe ist die vorbeugende Arbeit wie Impfungen, aber auch Diagnostik, Therapie und Notdienste. Was können wir aus der Betrachtung der Situation in Kuba für Schlussfolgerungen ziehen? In Kuba gibt es – entgegen der in der BRD und anderen Ländern herrschenden Marktideologie und fortschreitender Privatisierung der Daseinsvorsorge keine privaten Institutionen und Einrichtungen in diesem Bereich, die hier Profit abschöpfen wollen und für sachfremde Ziele arbeiten. Und Kuba sichert auch mit begrenzten ökonomischen Möglichkeiten ein kostenloses Gesundheitswesen für alle auf sehr hohem Niveau.

Wenn wir das nächste mal wieder eine Debatte haben, dass wir als reiche Bundesrepublik uns eine ausreichende Gesundheitsversorgung für alle nicht leisten können, sollten wir also ruhig den Blick auf das sozialistische Kuba lenken.

* Aleida Guevara, Tochter von Che Guevara und Kinderärztin in einem Krankenhaus in Havanna am 19.9.2008 in Berlin über die kubanische Gesundheitspolitik